

ZUM PROBLEM DER NATO - ERWEITERUNG

Erich Reiter

Die erste wirklich profunde und auch in den Medien entsprechend kolportierte Äußerung zur NATO - Erweiterung war jene der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland muß aufgrund seiner geopolitischen Situation ein Interesse an der NATO - Erweiterung haben, da es nicht mehr allein Frontstaat sein will, sondern andere Frontstaaten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft wünscht. Hier ist jedoch in Erinnerung zu rufen, daß im Jahr 1990 dem russischen Ministerpräsidenten Gorbatschow seitens des amerikanischen Außenministers versichert worden war, daß es keine Erweiterung der NATO geben werde, ja daß nicht einmal der Bereich der ehemaligen DDR in die Militärstruktur der NATO einbezogen werde. (Von verschiedenen westlichen Kommentatoren wird dies allerdings bestritten). Wenn sich Rußland also diesbezüglich betrogen fühlt, dann nicht ganz zu Unrecht. Es stellt sich das Problem, welche Geltung Vereinbarungen in der Politik haben - realpolitisch betrachtet haben sie nur relative Geltung - keine absolute.

Gleichzeitig muß aber gesagt werden, daß der Westen den günstigsten Zeitpunkt versäumt hat um seine Machtpolitik durchzusetzen. Das Jahr 1992 wäre der günstigste Zeitpunkt gewesen, um in Europa vollendete Tatsachen betreffend die Hegemonialstruktur zu schaffen.

Meine persönliche Meinung allerdings ist, daß die Zeit der Machtpolitik nur mehr eine begrenzte sein wird. Es wird eine Phase der Entwicklung eintreten, in welcher der Ordnungspolitik stärkeres Gewicht zukommt - das heißt nichts anderes als daß es zur Konstituierung allgemeinverbindlicher Regeln kommen könnte, welche dann auch von allen Beteiligten eingehalten werden. Derzeit erscheint z.B. die Region um das Kaspische Meer als ein Gebiet klassischer Geopolitik; Rußland, die USA; die Türkei und der Iran ringen um ihren Einfluß. Aber schon bald könnte der Europäischen Union im Kaspischen Bereich eine wichtige Ordnungsfunktion zukommen - hinsichtlich der Ölerschließung und des Ölexports. Machtpolitik wird im Kaspischen Bereich irgendwann ersetzt werden durch wirtschaftliche Kooperationen, aber auch durch Kooperationen zur Entwicklung eines neuen Völkerrechtes und neuer internationaler Beziehungen. Bis dies erfolgt ist, kann die Möglichkeit von Kriegen aber nicht ausgeschlossen werden. In der Zeitplanung ist gerade diese nicht wünschenswerte Möglichkeit einzukalkulieren. Darum muß aus europäischer Sicht die NATO - Erweiterung als eine Begrenzung der Einflußsphäre Rußlands positiv beurteilt werden.

Gleichwohl möchte ich nicht behaupten, daß es in Rußland zu einer negativen Entwicklung kommen wird - es sind sehr positive Tendenzen einer demokratischen Entwicklung festzustellen. Gleichzeitig gibt es aber in Rußland überhaupt keine Anzeichen dafür, daß sich auch der Rechtsstaat entwickeln wird. Nachdem die weitere Zukunft Rußlands nach wie vor völlig unvorhersehbar und unvorhersagbar ist, kann es natürlich nicht schaden, den Versuch zu unternehmen, den russischen Einflußbereich im vorhinein in Schranken zu weisen. Dies aus zwei Gründen: Entwickelt sich Rußland zu einem demokratischen Staatswesen westlicher Prägung, dann bedarf es dieses Einflußbereiches nicht. Nimmt Rußland eine negative Entwicklung - wird wieder imperialistisch oder bleibt imperialistisch, dann ist es gut, wenn Rußland **keinen** Einflußbereich entfalten kann. Aus diesem Grunde ist die NATO - Erweiterung die einzige Möglichkeit, die Neuordnung Europas so vorzunehmen, daß es Hegemonialbereiche nicht mehr geben kann.

Auch ist bekannt, daß es nicht der Europarat war, sondern die Perspektive einer NATO - Mitgliedschaft, welche Staaten wie Ungarn und Rumänien, aber auch die Slowakei,

veranlaßte, einen Ausgleich ihrer Beziehungen hinsichtlich der Minderheitenfrage zu suchen. Was in diesem Zusammenhang als offenes Problem bleibt, ist ein gewisser dominanter Einfluß der Vereinigten Staaten innerhalb der NATO und über das Instrument der NATO auf Europa. Viele Europäer betrachten diesen Einfluß mit Skepsis. Man will die Freiheit der Europäer von den Amerikanern. Dies wäre im Grunde genommen kein Problem, wenn die Europäer auch den politischen Willen dazu hätten. Nach der nächsten Erweiterungsrunde der EU wird diese über 450 Millionen Einwohner haben. Europa wäre nicht der Juniorpartner der USA (mit ca 260 Millionen Einwohnern), aber die Deutschen, die Engländer, die Franzosen, die Spanier, die Italiener usw. sind es dennoch. Gäbe es eine Europäische Union, welche tatsächlich eine gemeinsame Außen - und Sicherheitspolitik betreibt, dann bedürfte Europa der NATO nicht. Wir bräuchten die NATO ausschließlich für globale Politik. Der Tag der gemeinsamen europäischen Außen - und Sicherheitspolitik ist noch sehr fern - bis dahin gibt es überhaupt keine ernstzunehmende Alternative zur NATO.

I. NATO - Reform und transatlantische Beziehungen

Die NATO - Erweiterung gefährdet natürlich bis zu einem gewissen Grad den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit der NATO als eines Verteidigungsbündnisses. Die NATO war bisher schon zu groß und erhielt ihren Zusammenhalt in erster Linie durch die Herausforderungen der ehemaligen Sowjetunion. Diese Herausforderungen waren nicht nur militärischer Art, es waren auch wirtschaftliche, politische und weltanschauliche Herausforderungen. Welchen Grund hätte es geben sollen, der Griechenland veranlassen hätte können für die Interessen Norwegens zu kämpfen - das gleiche gilt auch umgekehrt. Nur daß man z.B. nicht das Schicksal Ungarns erleben muß, hat den Zusammenhalt der NATO als Verteidigungsinstitution garantiert.

Im Falle der NATO - Erweiterung wird die Beschlußfassung in Zukunft noch schwieriger werden als sie es jetzt schon ist. Solange es keinen Feind gibt, braucht man keine Verteidigung zu organisieren. Sollte allerdings die Bedrohung zurückkehren - ein militärisches Restrisiko ist nie auszuschließen - dann ist nicht gesichert, daß die NATO als Verteidigungsbündnis auch in Zukunft funktionieren wird. Diese Denkungsweise war lange Zeit die Position der Briten.

Die „NEUE - NATO“ entspricht jener Idee, daß über die NATO eine Ordnungspolitik in Europa organisiert werden soll, nachdem die Europäische Union und die Westeuropäische Union dafür nicht den gemeinsamen Handlungswillen ihrer Mitglieder haben. Es ist die Idee der Aufstellung vorbereiteter flexibler Streitkräfte, die konkrete Einsätze wie z.B. in Bosnien ermöglichen sollten. Das hieße, die NATO bereitet sich auf eine „Eindämpfungspolitik“ zur Stabilisierung des Kontinents vor. Was nach wie vor jedoch fehlt, ist allerdings eine politische Problemlösungskapazität: es werden nicht alle Probleme durch die Stabilisierung des status quo lösbar sein, sondern man wird imstande sein müssen, Konfliktursachen anders zu lösen - durch Grenzveränderungen z.B. Aber die Zeitspanne von ein bis drei Generationen, welche zu neuen Problemlösungskapazitäten führen könnte, müssen wir noch überleben.

II. Die Süd - Erweiterung der NATO

Die NATO - Reform inkludiert aber auch jene zweite Erweiterungsrunde, über welche man selten spricht: Die Süd - Erweiterung der NATO mit Frankreich und Spanien, welche ja nicht in die Militärstruktur der NATO integriert sind. Frankreich wünscht innerhalb der NATO eine europäische Verteidigungsidentität und genießt diesbezüglich die Unterstützung Deutschlands und Italiens. Das politische Zugeständnis der Vereinigten Staaten war die Aufstellung von

Combined Joint Task Forces (CJFF), die auch unter europäischem Kommando eingesetzt werden können - mit voller Unterstützung der NATO - Struktur. Dieses Zugeständnis machten die USA, damit den Europäern die Möglichkeit gegeben wird auch ohne ihre Hilfe Ordnungspolitik in Europa zu betreiben. Gleichzeitig waren sich die USA dessen vollkommen sicher, daß es nie zu dieser europäischen Ordnungspolitik kommen werde, da die Europäer keinen einheitlichen politischen Willen entwickeln werden. Immerhin, mit den CJFFs wäre eine Organisationsbasis vorhanden, die tatsächlich helfen könnte, eine europäische Verteidigungsidentität zu entwickeln.

Gleichzeitig verlangte Frankreich aber auch die Neuordnung der militärischen Befehlsbereiche der NATO - konkret das Kommando NATO - Süd - für die Europäer. Aber wenn ein Franzose Europa sagt, meint er damit häufig Frankreich. Das hat die NATO - Reform nicht nur vorläufig, sondern möglicherweise auch längerfristig zum Scheitern gebracht. Denn es wäre vom Standpunkt der USA unlogisch, den Franzosen dafür noch etwas zu geben, daß sie ohnehin schon etwas bekommen haben (nämlich die CJFFs unter europäischer Führung). Die Integration Frankreichs in die Militärstruktur wäre nur jene logische Konsequenz für die Aufstellung von CJFFs. Aus der französischen Strategie hat sich, was europäische Sicherheitspolitik anlangt, eine große Verunsicherung entwickelt, die auch schon in Deutschland zu erkennen ist. Im Falle Sloweniens führte dies dazu, daß Slowenien deshalb kein ernst zu nehmender Kandidat für die NATO - Mitgliedschaft sein konnte, weil Frankreich gleichzeitig Rumänien aktiv unterstützte. Zwar ist die französische Rolle in der europäischen Verteidigungspolitik gut gemeint - aber Wirtschaftswissenschaftler kennen diesbezüglich einen Unterschied: Das Gegenteil von gut ist, es gut zu meinen.

Ich glaube, daß NATO - Reform und NATO - Erweiterung in der nächsten Runde einen Zusammenhang haben werden. Es wird nicht möglich sein, NATO - Erweiterungen ins Auge zu fassen, ohne ein Konzept, welches die NATO - Befehlsbereiche im vorhinein ordnet und ohne zuvor Beschlüsse über die Aufstellung von Combined Joint Task Forces zu haben. Hier käme übrigens Österreich - für den Fall, daß es NATO - Mitglied würde, eine Schlüsselrolle zu: Ich kann mir z.B. nicht vorstellen, daß es bei einer österreichischen NATO - Mitgliedschaft - für den Fall, daß es zu den zwei Regionalkommanden Nord und Süd käme - Ungarn dem NATO - Bereich Süd zugeteilt würde. Wird Österreich aber jetzt nicht Mitglied der NATO, dann wird Ungarn zum NATO - Bereich Süd kommen und Österreich als ein dann erst später zur NATO stoßendes Land wahrscheinlich auch.

Die Ambitionen Italiens, eine Führungsrolle für Südost-Europa zu übernehmen, führen dazu, daß es zu einer aktiven Außenpolitik Italiens für diesen Bereich kommt. Italien wird sicherlich auch bereit sein, für diese Rolle finanzielle und materielle Ressourcen zu investieren. Ob die USA an dieser Führungsrolle Italiens besonderes Interesse haben, ist eine andere Frage. Andererseits ist es für britisches oder französisches Selbstverständnis sehr schwierig, sich damit abzufinden, daß Deutschland eine führende Rolle in der Balkanpolitik spielt. Österreich hätte hier eine Schlüsselfunktion und könnte Deutschland in der Balkanpolitik entlasten.

III. Schlußbemerkung

Bei dem gegenwärtigen Zustand der europäischen „Sicherheitspolitik“, wie ich versuchte ihn zu skizzieren, wird Europa noch auf lange Zeit die USA brauchen. Auf Dauer wird dies keine Einbahnstraße sein können; das Engagement der USA für Europa und der Weiterbestand der NATO wird davon abhängen, daß die Europäer mittelfristig bereit sind, sich auch global zu engagieren. Damit ist nicht gemeint, nur zu zahlen, vielmehr ist die Bereitschaft auch zu militärischen Interventionen außerhalb Europas, etwa im Mittleren Osten, gemeint; eine

Bereitschaft bis hin zu einer zumindest symbolischen Mitwirkung, falls ein Einsatz auch in Ostasien erforderlich wird.

DDr. Erich REITER,
Sektionschef,
Beauftragter für Strategische Studien
im Bundesministerium für Landesverteidigung

Erschienen in:
Informationen zur Sicherheitspolitik Nr. 7 (März 1998)
NATO-Perspektiven aus slowenischer und österreichischer Sicht